

Ulrich Wickert

***Rede zum Tag der Deutschen Einheit
am 3. Oktober 2019
im Sächsischen Landtag***

Herr Präsident,

meine Damen und Herren,

die Sachsen können heute stolz sein. Sie können stolz sein auf das, was dieser Tag, der 3. Oktober, verkörpert. Nicht nur die Sachsen können stolz sein, nein, auch die Menschen in Thüringen oder Sachsen-Anhalt, alle Ostdeutschen können stolz sein auf diesen Tag.

Er heißt nun „Tag der Deutschen Einheit“.

Und was „Einheit“ in der deutschen Geschichte bedeutet, wissen wir alle.

Deshalb heißt es in der 1841 gedichteten deutschen Nationalhymne auch: „Einigkeit und Recht und Freiheit“, während die Franzosen ihren Nationalfeiertag, den 14. Juli, verbinden mit „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Brüderlichkeit, ein Begriff, den ich heute mit Solidarität übersetzen würde.

Nationalfeiertage sollen eine besondere Rolle spielen für die Identifikation der Bürger mit ihrer Geschichte, bei der Anerkennung ihrer kollektiven Identität.

Das gilt für den 14. Juli der Franzosen, es trifft auch für den 4. Juli als Feier der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika zu.

Aber was heißt das für den deutschen Nationalfeiertag?

Der 3. Oktober erinnert an den Tag, an dem die neuen Bundesländer gemäß Artikel 23 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beigetreten sind. Dieser Beitritt ist der abschließende Akt dessen, was als friedliche Revolution in der DDR begonnen hat.

Und in diesem geschichtlichen Vorgang spielt Sachsen und spielen **die** Sachsen eine wesentliche Rolle.

War nicht der 9. Oktober 1989 in Leipzig der ausschlaggebende Tag für das Gelingen dieser friedlichen Revolution, nachdem in Plauen am 7. Oktober und in Dresden am 8. Oktober schon friedlich demonstriert worden war?

Der 9. Oktober war der Tag, an dem in Leipzig 70.000 Bürger auf die Straße gingen, obwohl sie nicht wussten, ob es zu einer heftigen Auseinandersetzung mit den Sicherheitskräften kommen würde. Ihr Mut war ihr Sieg. Der Staat zuckte damals zurück.

So führt eine direkte Linie von Anfang Oktober zum 9. November, zu dem Tag, an dem die Mauer fiel.

Nach dem 9. Oktober erhielt Leipzig, die zweite große Stadt in Sachsen, im Volksmund den Ehrentitel: Heldenstadt. –

Das fügt sich doch gut, nebenbei gesagt, trägt doch Dresden schon den Beinamen: Elbflorenz.

Wenn ich sage: die Sachsen, wie alle Ostdeutschen, können heute stolz sein, mag manch ein kritischer Geist einwerfen: man kann nicht stolz sein auf ein Land mit solch einer Geschichte, wie sie sich im Dritten Reich spiegelt. Einer Geschichte mit einem angezettelten II. Weltkrieg, mit Konzentrationslagern und Gaskammern.

Als ich Literaturnobelpreisträger Günter Grass einmal fragte, ob er stolz auf Deutschland sein könnte, erklärte er, er sei stolz auf eine konkrete Tatsache – nämlich dabei gewesen zu sein, als Bundeskanzler Willy Brandt bei seinem Besuch im Warschauer Getto, das auf Befehl Himmlers von den Deutschen 1944 völlig zerstört wurde, auf die Knie fiel und somit Scham und Reue ausdrückte.

Auch Bundespräsident Roman Herzog bezog seinen Stolz auf eine bestimmte, dem demokratischen Wert „Freiheit“ dienende Tat: „Auf die Bürgerbewegung, die die Freiheit im Osten unseres Landes erkämpfte, können wir auch alle stolz sein.“

Aber drückt sich dieser Stolz auch in der Wahl des Nationalfeiertags aus?

Jedes Land hat drei nationale Symbole, die Hymne, sowie die Flagge, und eben auch den Nationalfeiertag.

Sie dienen dem Zusammenhalt, dem Gefühl, dass das Volk etwas Gemeinsames teilt, dass es zusammengehört.

Als es darum ging, den dafür passenden Tag zu finden, wurde eine Reihe von Daten genannt.

Der 9. Oktober mit seiner Massendemonstration in Leipzig hätte es sein können oder der 9. November mit der Öffnung der Mauer. Der 9. November war aber auch der Tag, an dem Hitler 1923 in München versuchte zu putschen, an dem 1938 Juden verfolgt und Synagogen geplündert wurden.

Andererseits war der 9. November 1918 der Tag, an dem in Berlin die Republik ausgerufen wurde, was am 12. November 1918 zur Abdankung von Friedrich August, König von Sachsen führte, der damals gesagt haben soll: „Na da macht eiern Drägg alleene“.

Nun dient uns der 3. Oktober als nationales Symbol.

Das Datum ist mir weniger wichtig, als das, was der Tag verkörpert: Die Ostdeutschen haben mit ihrem Mut, mit der Überwindung von Angst, mit ihrer Hartnäckigkeit im Kampf für die Freiheit der deutschen – der gesamtdeutschen Identität ein wichtiges Element hinzugefügt. Sie haben friedlich eine Diktatur niedergedrückt.

Solch ein Ereignis fehlte bisher in der deutschen Geschichte.

Wird nicht Lenin der ironische Satz zugeschrieben: „Revolution in Deutschland? Das wird nie etwas, wenn diese Deutschen einen Bahnhof stürmen wollen, kaufen die sich noch eine Bahnsteigkarte!“

Nun, nicht nur darin wurde Lenin widerlegt.

Auf den Erfolg der friedlichen Revolution, auf den erkämpften Sieg der Freiheit können alle Deutschen stolz sein, sie müssen es sich nur bewusst machen. Denn gerade der bewusste Teil der Identitätsbildung hat eine erhebliche soziale Bedeutung.

So meint der Philosoph Jürgen Habermas: „Erst das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu ‚demselben‘ Volk macht die Untertanen zu Bürgern eines einzigen politischen Gemeinwesens, - zu Mitgliedern, die sich *füreinander* verantwortlich fühlen können. Die Nation oder der Volksgeist – die erste moderne Form kollektiver Identität überhaupt – versorgt die rechtlich konstituierte Staatsform mit einem kulturellen Substrat.“

Für Habermas, dessen Überlegungen von der Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit geprägt sind, hat eine Gesellschaft keine Identität wie ein Gegenstand oder eine Person, die in deren Einzigartigkeit besteht. Habermas stellt ethische Bedingungen, Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen, damit eine nationale Identität *vernünftig* sein und in einer "postnationalen" Gesellschaft Bestand haben kann.

Nach Habermas zeichnet sich eine nationale Identität dadurch aus, dass sie nicht angewandt werden kann, wie es Rechtsradikale tun, indem sie

Identität benutzen, um einen Teil der Bevölkerung ein- und einen anderen auszuschließen.

Aus seiner Definition folgt, dass ein jeder Bürger sich haftbar fühlen muss für den Zustand seiner Gesellschaft, insbesondere zu handeln hat, wenn sich undemokratische Entwicklungen andeuten.

Daraus ergibt sich: Der Bürger trägt Verantwortung für den Zustand "**seiner Gesellschaft**". Dafür muss er sich aber erst einmal zu **seiner Gesellschaft** bekennen.

Sich zu seiner Gesellschaft, zu seiner nationalen Identität zu bekennen, muss man auch lernen. Und deshalb halte ich verstärkten Geschichtsunterricht in den oberen Klassen für dringend angebracht.

Ich selbst habe es **auch** lernen müssen. Als ich das Glück hatte, mit einem Stipendium in den USA zu studieren, war John F. Kennedy Präsident.

Und ein Satz, den er geprägt hat, ist mir zum Lebensmotto geworden.

Frag nicht, was dein Land für dich tun kann, frag, was du für dein Land tun kannst.

Damals war ich Student. Aber sofort nach meiner Rückkehr in die Bundesrepublik, habe ich mich in die Studentenselbstverwaltung wählen lassen, um Verantwortung – und sei es im Kleinen – zu übernehmen.

So rufe ich heute allen zu: **Übernehmen Sie Verantwortung: für Ihre Gesellschaft, für Ihre Gemeinschaft!**

Ja, ich will es sogar noch etwas pathetischer formulieren, da wir heute unseren nationalen Feiertag begehen: **Setzt Euch ein für diese Heimat!**
Setzt Euch ein für diese Nation!

Wer wissen will, wer er ist, muss wissen, woher er kommt, um zu sehen, wohin er will.

Wenn wir uns also fragen, wer wir sind, müssen wir in die Zukunft gerichtet denken. Das bedeutet, dass wir umstrittene Begriffe wie *Identität* und *Volk*, *Nation* und *Heimat* unserer Zeit entsprechend definieren müssen.

Und was bedeutet das Wort **deutsch**?

Die allermeisten Deutschen, die heute in der Bundesrepublik leben, sind nach dem Krieg geboren. Ist es da noch gerecht, sie mit der Vergangenheit des III. Reiches zu belasten? Entwickelt nicht jeder Mensch seine persönliche Identität und sein Selbstverständnis zunächst aus der jeweiligen Lebenslage und erst anschließend aus dem Geschichtsbewusstsein seiner Umgebung?

Einen mich überzeugenden Grundgedanken zur nationalen Identität prägte der französische Staatsphilosoph Charles de Montesquieu. Er trennt das Menschsein von der politischen Identität jeder Person, indem er von sich sagt, er sei aus *Notwendigkeit Mensch*, aus *Zufall Franzose*.

Dieser Grundsatz ist für mich bestimmend, wann immer von nationaler Identität geredet wird.

Mit seiner Feststellung: "Ich bin aus Notwendigkeit Mensch und Franzose aus Zufall" stellt Montesquieu die Begriffe *Notwendigkeit* und *Zufall* genauso einander gegenüber wie *Mensch* und *Nationalität*.

Mensch und Notwendigkeit entsprechen sich demnach ebenso wie Nationalität und Zufall.

Nun lehrt der Gegensatz von *Notwendigkeit* und *Zufall* nicht nur zu unterscheiden zwischen *Menschsein* und *Zugehörigkeit zu einer Nation*, sondern es ergibt sich daraus auch eine Abstufung, die verlangt, das Menschsein als einen absoluten Wert zu begreifen und die Zugehörigkeit zu einem Volk als einen relativen.

Als Mensch steht eine Person unter dem Schutz der allgemeinen Menschenrechte.

Als Franzose, Deutscher oder Türke kann eine Person zwar Respekt für seine nationalen Werte beanspruchen, doch allgemeingültig sind sie nicht. Sie können sogar im Widerspruch zu denen einer anderen Nation stehen.

In der Abstufung der Wertigkeiten liegt die angemessene Bedeutung einer nationalen Identität. Wer nach diesem Maßstab urteilt, der wird zu einer differenzierten Wahrnehmung von Menschen gelangen und nicht mehr fragen, ob jemand Deutscher sei, sondern er wird sich erkundigen,

wer dieser *Mensch* ist, der – aus *Zufall* – mit einer deutschen Identität versehen ist.

Auf die Frage, was es für ihn bedeute Deutscher zu sein, antwortete Joachim Gauck: "Erst einmal ist es Schicksal. Man sucht sich nicht aus, welche Eltern man hat, sondern die Eltern sind schicksalhaft die Erzeuger. Zweitens sind die Eltern selbst hineingeboren in einen bestimmten, politischen, historischen und regionalen Zusammenhang. Es ist der Ort meiner zufälligen Geburt zufällig ein Ort in Deutschland. Und da ich nur einer bin und nur eine Jugend und eine Kindheit habe, und nur an einem ganz bestimmten Ort die Leiden und die Freuden, die mich als Person gemacht haben, erlebte, bin ich Deutscher."

Gaucks Nachfolger im Amt des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier erklärte, sich auf Montesquieu beziehend, Ähnliches: "Wenn mich meine Mutter an ihrem Heimatort Breslau zur Welt gebracht hätte, wäre ich heute Pole. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat dazu geführt, dass ich in Westfalen geboren und Deutscher bin. Das bin ich gern, und manche sagen, ich sei sehr deutsch! Ich bin gerne Westfale, Deutscher und Europäer."

Während Montesquieu eine jede Person zuerst Mensch sein lässt und ihn dann mit einer jeweiligen zufällig erworbenen Nationalität versieht,

wird den Deutschen im Ausland vorgeworfen, sie würden genau umgekehrt denken.

Wer behauptet, er sei aufgrund seines Wesens Deutscher und dank seiner deutschen Qualität Mensch, der verdreht die Rangfolge. Hinter solcher Anschauung verbirgt sich die alte Definition des Begriffs *Nation*, deren Merkmal war, sich besser zu dünken, als "die anderen", die Fremden und Nachbarvölker.

Die Rangfolge muss heißen: von Geburt Mensch, aus Zufall Deutscher.

Menschsein bedeutet, sich im Besitz der Menschenwürde zu befinden, und sie ist die Grundlage der Menschenrechte, also jener ethischen Werte, die das Verhalten in der Gesellschaft regeln.

Deutscher zu sein bedeutet dagegen, einer Gruppe von Menschen anzugehören, zu deren Identität gewisse nationale Eigenheiten, spezielle kulturelle Einflüsse, eine eigene Sprache, vielleicht gar ein Dialekt und – sehr bedeutsam – eine eigene Geschichte gehören.

Wenn wir von einer *nationalen* Identität sprechen, so stellt sich auch die Frage nach dem Begriff *Nation*. Was aber macht die deutsche Nation aus?

Im 18. Jahrhundert war das Land der Deutschsprechenden in unzählige Machtbereiche aufgeteilt. Wenn nicht in einem Zentralstaat, was war es dann, das die Deutschen zusammenhielt?

Wer in Frankreich fragt, was die Franzosen eint, der wird überschüttet mit Werten wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die für Republik und Nation stehen.

Ihm wird erklärt, die Franzosen hätten eine gemeinsame Geschichte: Selbst der einfache Franzose kennt die Bedeutung des Frankenkönigs Chlodwig und seiner Taufe irgendwann um das Jahr 500 nach Christi Geburt. Franzosen schämen sich nicht, stolz auf ihre eigene Geschichte zu sein.

In Deutschland dagegen schmerzt die gemeinsame Geschichte, und selbst die Behauptung, man habe gemeinsame politische Ziele, wagt kaum jemand. Denn welche Missverständnisse könnten sich dahinter verbergen! Der politische Konsens wird zwar immer wieder beschworen, doch wer genau hinschaut, der sieht zwar einen Konsens in den demokratischen Grundwerten, aber keinen Konsens in jenen Fragen, die sich über das reine Staatswesen hinaus mit der Nation und dem Volk, mit Geschichte und Kultur befassen.

Die Worte *Nation* und *Volk* wirken belastet.

In Festreden wird heute von führenden Politikern oder klugen Intellektuellen gern stolz darauf verwiesen, dass Deutschland eine "Kulturnation" sei, denn sie wagen sich wegen der deutschen Geschichte nicht, dem Begriff Nation einen politischen Inhalt zu geben.

Aber gerade das tut not.

Die ausschließlich kulturelle Definition – selbst, wenn sie weltoffen gemeint sein sollte – hat die Deutschen dazu verführt, sich von ihren Nachbarn abzukapseln.

Mit der Entdeckung des deutschen Wesens haben sie andere Kulturen, die sie zunächst als ebenbürtig ansahen, als minderwertig eingestuft und schließlich ausgeschlossen, denn es siegte der Gedanke, das deutsche Wesen sei höherwertig.

Gewiss gehört auch die Kultur zur Gesamtheit einer Nation. Die Frage ist nur, ob sie an erster Stelle steht. Die Deutschen sollten aus ihrer Geschichte gelernt haben, dass eben nicht die Kultur als Ausdruck des Deutschseins vornan steht, sondern die universell gültigen Grundwerte der Menschenrechte und die Werte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Die politische Definition der Nation muss von einem gemeinsamen Willen des Staatsvolkes getragen werden. Und der sollte in die Zukunft gerichtet sein.

Aber so zu denken ist in Deutschland noch nicht weit genug verbreitet.

Im Gegensatz zu der pauschalen Ablehnung des Begriffs Nation durch viele Bürger bemühen sich deutsche Philosophen und Wissenschaftler seit den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts, Gemeinsamkeiten zu erkunden, die die Deutschen zusammenhalten.

Gibt es etwa eine deutsche Nation?

Diese Frage wäre – wenn es nur um den theoretischen Begriff *Nation* ginge – nicht schwer zu beantworten.

Jeder, der heute versucht, Nation modern und positiv zu definieren, greift auf die politischen Gedanken des französischen Philosophen Ernest Renan zurück, der feststellte, die Nation sei ein täglich zu wiederholendes Plebiszit, eine immer wieder neue Befragung ihrer Staatsbürger. In Renans Überlegung stecken mehrere Elemente:

- Plebiszit bedeutet, dass das Volk das Recht hat, abzustimmen - also souverän ist,
- täglich heißt, dass immer neu über den Zustand der Nation befunden werden kann.

Nichts ist also endgültig.

In wissenschaftlichen Kreisen in Deutschland hat sich heute die politische Definition zwar durchgesetzt, aber trotzdem wird immer noch heftig darüber gestritten, ob Nation nicht längst ein überholter Begriff sei. Die Bezeichnung *Nation* wird im täglichen Umgang schnell mit Nationalismus oder gar Nationalsozialismus verbunden. Und daraus folgt eine Ablehnung dieses Begriffs.

Ich habe manchmal den Eindruck, dass diejenigen, die von der Nation Abschied nehmen wollen, dies in der Hoffnung tun, mit der deutschen

Vergangenheit brechen zu können. Wenn das gelänge, wäre es ein zu leichter Ausweg. Es gelingt aber nicht.

Wenn die Deutschen sich mit der Geschichte ihrer Nationenwerdung auseinandersetzen, können sie die Irrwege in der eigenen Vergangenheit erkennen – und daraus die richtigen Folgerungen für die Zukunft ziehen. Denn gerade im Denken derjenigen, die aus hypermoralischen Gründen den Begriff als überholt abweisen, finden sich manchmal Überreste jenes Verhaltens, das den Deutschen zur Belastung wurde.

Betrachtet man noch einmal den Satz von Montesquieu, wonach eine Person aus Notwendigkeit Mensch, aber nur aus Zufall mit einer Nationalität versehen ist, so lässt sich der Schluss ziehen: die Identität betrifft den *Menschen*, die Nation betrifft den *Deutschen* im Menschen, denn das Nationale ist nur ein Teil der Identität eines jeden Individuums.

Deshalb wäre es angebracht, wenn die Deutschen ihr Deutschsein nicht so fürchterlich wichtig nähmen.

Schließlich ist die Nation weder ein vorgegebener Urgedanke der Schöpfung, der in der Geschichte nur seine Entfaltung erfährt, noch ist sie im Menschen als notwendig für das Menschsein angelegt.

Wie stark sich die deutsche Identitätskrise besonders in den vier Jahrzehnten der Teilung auf den Umgang mit politischen Definitionen auswirkte, zeigt die uneinheitliche Auseinandersetzung mit dem Begriff *Nati-*

on in einer Unmenge von Abhandlungen, von denen viele mit Tabus belastet sind, die aus der deutschen Geschichte herrühren. Aber es wäre zu eng gedacht, würde man nur die Geschichte als Grund für die Suche der Deutschen nach Identität und Sinn der Nation angeben.

Zahlreiche wirtschaftliche und soziale Vorgänge verunsichern die Deutschen. Die Klimakatastrophe wird plötzlich spürbar durch heiße trockene Sommer oder zunehmende Stürme. Da droht der Schreckbegriff der Globalisierung, die für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht wird. Die Industrialisierung wird durch die Digitalisierung abgelöst. Kommunikationswege verändern sich und damit lockern sich traditionelle Bindungen. Die demographische Entwicklung macht Sorge. Es fehlen Facharbeiter, Pflegekräfte und die soziale Absicherung bei potenziell sinkender Bevölkerungszahl macht manchen sogar Angst.

In dieser wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell unübersichtlichen Lage überlegen sich junge Menschen immer häufiger, wie sie in Zukunft ihre eigene Biographie gestalten könnten – und diese Frage richten sie an den Staat.

Doch wer ist dieser Staat?

Er könnte ein Stück Lebenssinn vermitteln, wenn es ihm gelänge, dem Menschen eine überindividuelle Identität zu geben und ihm Zukunftsziele zu setzen.

Das würde aber voraussetzen, dass es dem Staat gelänge, von seinen Bürgern als Nation anerkannt zu werden, weil er in der Kontinuität der Geschichte einen kulturellen und politischen Konsens herstellt.

Das ist jedoch im heutigen Deutschland noch schwer. Die Anerkennung des Staates als Regierungs- und Machtapparat durch die Bürger befindet sich auf einem Tiefpunkt, ja stößt sogar auf wachsende Ablehnung. Dafür ist das sich ankündigende Ende der Volksparteien SPD und CDU ein Beleg. Das ist zwar auch führenden Politikern bewusst, aber ändern sie etwas daran?

Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff erklärt dazu: "Politische Macht legitimiert sich vor allem durch eine Grundakzeptanz. Und dieses Grundvertrauen ist in vielen Teilen der Bevölkerung nicht mehr vorhanden."

Die gegenwärtig mühevoll Suchende nach der Nation weist eine interessante historische Parallele in der Identitätskrise der deutschen Bildungsbürger vor bald dreihundert Jahren auf. In der damaligen Identitätskrise entwickelten die Deutschen ihren eigenen Begriff von Nation, der ihrer historischen Lage entsprach und sich von dem der französischen Nation abhob.

Ende des 18. Jahrhunderts standen sich ein *deutscher* und ein *französi-*
scher Nationenbegriff gegenüber. Die (deutsche) Kulturnation gegen die
politische Nation (der Franzosen).

Ab diesem Zeitpunkt entwickelten sich zwei unterschiedliche Wege.

Im deutschen Volk begann die Suche nach seinen kulturellen Ursprüngen, in Frankreich wies die Aufklärung den Weg zu universellen Werten wie die Menschenrechte und das Gemeinwohl als Staatspflicht.

Die Selbstbesinnung auf die deutsche Kultur war ein Rückschritt, der französische Weg zu universellen Werten der Fortschritt.

Während die Kulturnation sich auf Abstammung und (mitunter geklitterte) Geschichte beruft, gründen die Gedanken der Aufklärung auf der Idee, dass die Vernunft Vorrang hat.

Erstaunlicherweise hat sich in den vergangenen Jahren diese Gegenüberstellung immer noch in einigen Köpfen in Deutschland eingenistet, die von der "Abstammung" ausgehen und von der Vorstellung eines geeinten und homogenen Volkes, das alles ablehnt, das im fremd zu sein scheint. Es gab nie einen deutschen Stamm. Deutsch bezeichneten sich seit dem 10. Jahrhundert nur jene Volksstämme, die Deutsch sprachen. Mehr nicht.

Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck warnte 2018 in einer Rede an der Heinrich-Heine Universität, mit der Berufung auf die Ab-

stammung im Nationalstaat tauche "die Gefahr einer Überhöhung der eigenen Ethnie auf, verbunden mit einer scharfen Abgrenzung gegenüber anderen Staaten und einer teilweise aggressiven Abwertung von Minderheiten. Letztlich kulminierte der ethnisch reine Staat in einer völkermörderischen Vorstellung".

Von diesem Denken müssen wir uns befreien!

Auch in Deutschland sollten wir den fortschrittlichen Begriff für *Nation* übernehmen, in der nicht ethnische, sondern politische Kriterien ausschlaggebend sind. Deren Ziele sind Menschenrechte, Demokratie, die Republik und die Volkssouveränität. Sicherlich gehören auch viele kulturelle Elemente zu einer Nation, die Bedeutung der Sprache, das große Gewicht der Geschichte, die Literatur, die Musik und so manch eine Tradition.

Die Idee des französischen Nationalstaats ist demokratisch: nach der Vorstellung von Jean-Jacques Rousseau schließen die einzelnen Bürger einen Gesellschaftsvertrag und konstituieren so ein Ganzes.

Genau das Gegenteil drückt die Kulturnation aus.

Die deutsche Volksnation ist dem einzelnen vor- und übergeordnet.

Die Träger der französischen Staatsnation sind alle Bürger.

Die Träger der Kulturnation sind die Gebildeten, die – weil sie zunächst in keinem einheitlichen Staatsgebilde und später im kriegerisch vereinten

Kaiserreich keine politische Macht ausüben konnten – Politik zum schmutzigen Geschäft erklärten.

Diese Tatsache hat in Deutschland die fatale Folge gehabt, dass Macht und Geist bis heute getrennt sind.

Zwei Dinge sollte jeder, der sich mit dem Thema Nation und Nationalismus befasst, vor Augen haben:

- Zum einen kann der Begriff Nation demokratisch, weltoffen und fortschrittlich definiert sein.
- Zum anderen gibt es aber in Europa keine ausschließlich gute oder ausschließlich schlechte Verwirklichung des Nationalgedankens. Doch die schlechten Elemente haben häufig überwogen, weshalb es wichtig ist, das Thema äußerst kritisch zu betrachten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begannen in der Bundesrepublik fortschrittliche Denker mit der Suche nach der Antwort auf die Frage: Welchen Inhalt können wir unserem Staat geben, um nicht wieder dem größenwahnsinnigen Nationalismus zu verfallen?

Die Gedanken des romantischen Nationalismus und der Kulturnation wurden von den Theoretikern fallen gelassen. Stattdessen hielt die französische Definition von Nation Einzug, nach dem Motto – so Habermas:

"Nationalstaat und Demokratie sind als Zwillinge aus der Französischen Revolution hervorgegangen."

Dieser Gedanke hat sich in der Öffentlichkeit aber noch nicht vollends durchgesetzt.

Man spricht nun von der Staatsbürgernation, die ihre Identität nicht in ethnisch-kulturellen Gemeinsamkeiten findet, sondern in der Praxis von Bürgern, die ihre demokratischen Rechte ausüben.

Aus der Überlegung heraus, dass sich die Bürger in einem Staat zu einem gemeinsamen politischen Willen zusammenschließen, entwickelte 1979 der Politikwissenschaftler Dolf Sternberger den Begriff des *Verfassungspatriotismus*. Ein Gedanke, den Philosophen wie Jürgen Habermas und Politiker wie Bundespräsident Richard von Weizsäcker übernahmen und verbreiteten.

Dolf Sternberger meinte, zu seiner Identifikation bedürfe der *Verfassungsstaat des Patriotismus*, er benötige Vaterlandsliebe als Bürgertugend: „Ich wollte nicht einen Ersatz für den nationalen Patriotismus bieten. Vielmehr wollte ich darauf aufmerksam machen, dass Patriotismus in einer europäischen Haupttradition schon immer und wesentlich etwas mit Staatsverfassung zu tun hatte, ja dass Patriotismus ursprünglich und wesentlich Verfassungspatriotismus gewesen ist.“

Wie kein anderer Bundespräsident hat sich Richard von Weizsäcker mit der Frage der deutschen Nation, ihrer Geschichte und den Folgen befasst.

Er empfiehlt die Begriffe *Geschichtspatriotismus* und *Aufgabenpatriotismus*.

In beiden Worten liegt sowohl das Verpflichtende wie auch das Verbindende. Denn in der gemeinsamen Geschichte einerseits und in den gemeinsamen Aufgaben andererseits befinden sich, so Weizsäcker, "die entscheidenden Merkmale, die uns als das charakterisieren, was wir sind, was wir verletzt haben, was wir aber auch bewältigen können."

Wer aus der Geschichte der Nationen Lehren zieht und bedenkt, dass die Menschen nicht nur vernunftgelenkt, sondern auch gemütsabhängig sind, der wird von mehreren Voraussetzungen ausgehen, um Nation – im Sinne von Nationalstaat – heute modern zu definieren:

- Sie umfasst eine Gesellschaft, die eine politische Willensgemeinschaft innerhalb eines bestimmten geographischen Gebietes bildet; diese Willensgemeinschaft gründet auf dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts und der Souveränität des Staatsvolks;
- alle Mitglieder der Gesellschaft sind vor dem Gesetz gleich und verstehen sich als Solidargemeinschaft;
- aus der gemeinsamen geschichtlichen und kulturellen Herkunft entwickelt die Nation einen Grundkonsens,

- aber die Gesellschaft umfasst auch mehrere Volks- und Kulturgruppen. Theoretisch klingt diese Aufzählung gut, aber praktisch ist es sehr schwer, sich nach dieser Definition zu richten. Denn wie viel Müll aus der Geschichte schleppen die Deutschen noch mit sich, einmal als eine Last, die zu hypermoralischen politischen Reaktionen oder auch leicht zu Selbsthass führt. Zum anderen aber überleben noch immer Reste aus Mythen, die Deutsche zum Glauben verleiten, sie seien "besser", als sie selber merken. Da wird etwa der geschichtliche und kulturelle Grundkonsens angesprochen, aber gibt es den überhaupt unter den Deutschen?

Den Grundkonsens in diesem Staat zu fördern, dazu könnte der nationale Feiertag dienen. Keiner sollte meinen, er ist besser als die anderen. Sondern alle sollten stolz sein auf das, was dieser 3. Oktober bedeutet:

- **Der Sieg der Freiheit durch eine friedliche Revolution.**
- **Der Beweis von Mut und Verantwortung.**

Stolze Momente für unsere nationale Identität.

Aber Sie sollten auch stolz sein auf Ihre **Heimat**, die Anmut Ihrer Natur, die Schönheit der Bauten des alten Dresdens.

Aber schauen Sie nicht immer zurück, sondern denken Sie an heute, blicken Sie in die Zukunft.

Heute können Sie stolz darauf sein, wie Sachsen in Deutschland, ja, in der Welt gesehen wird.

Die Maler der heutigen Leipziger Schule – angeführt von Neo Rauch und seiner Frau Rosa Loy, von Tim Eitel und David Schnell – bestimmen das künstlerische Bild Deutschlands von New York bis Peking. Und in Dresden existiert nun das Gerhard Richter-Archiv, denn hier wurde der in der Welt zur Zeit teuerste lebende Künstler überhaupt geboren.

Sächsische Autoren wie die Dresdner Franziska Gerstenberg und Ingo Schulze, Durs Grünbein und Uwe Tellkamp, wie die Leipziger Clemens Meyer und Daniela Krien werden überschüttet mit Literaturpreisen. Sie bestimmen die heutige deutsche Literaturszene mit.

Weltruhm verbreiten das Leipziger Gewandhausorchester und die Dresdner Oper.

Und auch das steht für Sachsen: der **Dresdner Stollen**. Ohne ihn kann ich die Vorweihnachtszeit nicht überleben. Denn zu meinem Geburtstag Anfang Dezember erhalte ich stets einen – mindestens einen – original Dresdner Stollen von meiner Schwiegermutter geschenkt. Sie stammt aus Sachsen, ging in der Lessing-Stadt Kamenz zur Schule, von wo ein weiterer weltberühmter deutscher Maler stammt, der sich heute Georg Baselitz nennt.

Genießen Sie das Bewusstsein für eine wundervolle, weltweit anerkannte Heimat.

Ja, die Sachsen können heute stolz sein. Sie können stolz sein auf das, was dieser Tag, der 3. Oktober, verkörpert.

Nicht nur die Sachsen können stolz sein, nein, auch die Menschen in Thüringen oder Sachsen-Anhalt, alle Ostdeutschen sollten stolz sein auf diesen Tag.

Alle Deutschen, ob sie nun im Osten oder im Westen aufgewachsen sind, können stolz sein auf einen Tag, der in der deutschen Identität an eine friedliche Revolution erinnert und daran, dass das Volk die Freiheit erkämpft hat.

Der 3. Oktober verkörpert für alle Deutschen den Ruf der ostdeutschen Demonstranten: **Wir sind ein Volk.**